


| | | |
|--|---|--|
| 5. Landesgesundheitskonferenz Baden-Württemberg, 29. November 2017 | |  <small>LANDESGESUNDHEITSKONFERENZ BADEN-WÜRTTEMBERG</small> |
| TOP 4 | AG Patientinnen und Patienten – Vorstellung der Arbeitsergebnisse | |

A. Sachverhalt

Im Jahr 2014 wurde die „AG Patientinnen und Patienten“ ins Leben gerufen, in der Vertreter der Kostenträger, der Leistungserbringer und der Patienten selbst (Selbsthilfegruppen) unter der Moderation des Ministeriums für Soziales und Integration Maßnahmen entwickeln sollten, in denen die Bedürfnisse, Erfahrungen und Wünsche der Patientinnen und Patienten im Vordergrund stehen und die Bedarfe im gemeinsamen Dialog herausgearbeitet und eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung abgeleitet werden sollten.

Bisherige Beispiele hierzu sind Fortbildungsveranstaltungen und Fachveranstaltungen für Patientenförsprecherinnen und –försprecher sowie eine Fachveranstaltung für Patientenvertreter.

Die Arbeit der AG wurde vom arbeits- und sozialmedizinischen Institut der Universität Tübingen wissenschaftlich begleitet; der Abschlussbericht liegt bereits vor und kommt zu dem Ergebnis, dass die bisherigen Themen der AG erfolgreich bearbeitet wurden und dass die AG Patientinnen und Patienten fortgeführt werden sollte. Ein von der Universität Tübingen erstelltes Literaturreview kann bei den zukünftigen Projekten der AG herangezogen werden.

Ausgangslage

Die AG Patientinnen und Patienten möchte in Zukunft mehr zur aktuellen Gesundheitspolitik aus Patientensicht Stellung beziehen, auf Chancen und Probleme hinweisen und die Entwicklungen konstruktiv begleiten.

Als künftige Themen zeichnen sich u. a. das patientenfreundliche Krankenhaus, die Rolle der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe, die Digitalisierung in Medizin und Pflege und die sektorenübergreifende Versorgung ab.

B. Beschluss

1. Die Landesgesundheitskonferenz nimmt den Bericht der AG Patientinnen und Patienten zur Kenntnis.
2. Die Landesgesundheitskonferenz begrüßt, dass sich die AG Patientinnen und Patienten weiterhin mit aktuellen gesundheitspolitischen Entwicklungen aus Sicht der Patienten auseinandersetzen wird.
3. Die Landesgesundheitskonferenz begrüßt eine weitere Qualifizierung der Selbsthilfe. Das Ministerium für Soziales und Integration prüft, wie die AG bei der Qualifizierung unterstützt werden kann.

Einstimmige Beschlussfassung